

Margitta von Schwartzberg

Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002

Die vorläufigen amtlichen Ergebnisse der vierten gesamtdeutschen Bundestagswahl 2002 lagen am Morgen des 23. September 2002, dem Tag nach der Wahl, vor¹⁾. Die endgültigen Ergebnisse sind durch die Kreis- und Landeswahlausschüsse in der Zeit vom 24. September bis 4. Oktober 2002 und durch den Bundeswahlausschuss am 9. Oktober 2002 festgestellt worden.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen Ausführungen über die zugelassenen Wahlvorschläge, die Zahl der Wahlberechtigten und die Wahlbeteiligung, die gültigen und ungültigen Stimmen (Erst- und Zweitstimmen) sowie die Stimmabgabe nach Parteien. Die letzten beiden Kapitel enthalten einen Überblick über die in den Wahlkreisen Gewählten und die Sitzverteilung nach dem geltenden Berechnungsverfahren Niemeyer.

Für alle Interessenten sei noch auf den schnellen Zugriff auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters unter der einprägsamen Domain <http://www.bundeswahlleiter.de> hingewiesen. Hier sind auch alle Wahlkreis- und Landesergebnisse zu finden.

Wahlvorschläge

In seiner ersten Sitzung am 12. Juli 2002 hatte der Bundeswahlausschuss für die Wahl des 15. Deutschen Bundestages festgestellt, dass acht Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind. Außerdem wurden vom Bundeswahl-

ausschuss von den 47 Vereinigungen, die nach § 18 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes bis spätestens am neunzigsten Tag vor der Wahl (24. Juni 2002) ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt hatten, 24 Vereinigungen nicht als Parteien anerkannt, weil es sich bei ihnen um Vereinigungen handelte, die nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der nach dem Parteiengesetz zu erfüllenden Zielsetzung – „dauernd oder für längere Zeit auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen zu wollen“ – boten. Von den insgesamt 31 für die Bundestagswahl 2002 zugelassenen bzw. anerkannten Parteien reichten drei keine Wahlvorschläge ein bzw. ihre Wahlvorschläge wurden nicht zugelassen.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 konnten daher die Wähler ihre Stimmen für die in der Übersicht auf S. 824 aufgeführten Parteien abgeben.

60 Wahlbewerber waren als Wählergruppen bzw. Einzelbewerber zur Wahl in den 299 Wahlkreisen angetreten.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2002 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,4 Mill. Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 48,6 Mill. Daraus

1) Siehe Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe „Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002“, Heft 2 „Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen“.

Übersicht: An der Bundestagswahl am 22. September 2002 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in ...	Wahlkreisbewerber in ...
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer Bayern	allen Wahlkreisen außer Bayern
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen in Bayern
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern	allen Wahlkreisen außer 043 Hannover-Land I und 201 Ahrweiler
Freie Demokratische Partei (FDP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	allen Ländern	274 Wahlkreisen in allen Ländern
DIE REPUBLIKANER (REP)	allen Ländern außer Brandenburg und Sachsen-Anhalt	21 Wahlkreisen (2 in Berlin, 2 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Sachsen, 3 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 10 in Bayern und 2 in Baden-Württemberg)
DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)	allen Ländern außer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Rheinland-Pfalz	62 Wahlkreisen in allen Ländern außer Hamburg, Thüringen und Rheinland-Pfalz
Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)	Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg	1 Wahlkreis in Sachsen-Anhalt und 4 Wahlkreisen in Hessen
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	49 Wahlkreisen in allen Ländern außer Bayern
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg	37 Wahlkreisen (2 in Niedersachsen, 7 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 21 in Bayern und 4 in Baden-Württemberg)
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg	63 Wahlkreisen (6 in Schleswig-Holstein, 5 in Niedersachsen, 1 in Sachsen-Anhalt, 1 in Berlin, 8 in Nordrhein-Westfalen, 6 in Sachsen, 3 in Rheinland-Pfalz, 10 in Bayern, 23 in Baden-Württemberg)
Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg	2 Wahlkreisen in Berlin
Bayernpartei (BP)	Bayern	4 Wahlkreisen in Bayern
FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS (FAMILIE)	Nordrhein-Westfalen und Saarland	1 Wahlkreis in Brandenburg, 4 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen und 3 im Saarland
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg	1 Wahlkreis in Hessen und 2 Wahlkreisen in Bayern
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	Hamburg, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg	45 Wahlkreisen (5 in Hamburg, 7 in Niedersachsen, 6 in Berlin, 5 in Nordrhein-Westfalen, 6 in Sachsen, 4 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 9 in Bayern und 2 in Baden-Württemberg)
Humanistische Partei (HP)	Berlin und Nordrhein-Westfalen	je 2 Wahlkreisen in Berlin und Nordrhein-Westfalen und 1 Wahlkreis in Bayern
Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten	Nordrhein-Westfalen	4 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit (AUFBRUCH)	Bayern	3 Wahlkreisen in Bayern
Deutsche Zentrumsparterie – Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM)	Nordrhein-Westfalen	je 1 Wahlkreis in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)	Berlin	1 Wahlkreis in Berlin
Partei für RentenGerechtigkeit und Familie (PRG)	Baden-Württemberg	4 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen und 2 in Baden-Württemberg
Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill)	allen Ländern außer Sachsen-Anhalt	71 Wahlkreisen (6 in Mecklenburg-Vorpommern, 6 in Niedersachsen, 2 in Bremen, 1 in Brandenburg, 1 in Berlin, 52 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Hessen und 1 in Baden-Württemberg)
Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland (Deutschland)	keine	1 Wahlkreis in Niedersachsen und 2 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	keine	15 Wahlkreisen (je 3 in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, 2 in Berlin und 1 in Baden-Württemberg)
Deutsche Soziale Union (DSU)	keine	4 in Sachsen und 2 in Thüringen
Freiheitliche Partei Deutschlands (FP Deutschlands)	keine	1 Wahlkreis in Sachsen

ergab sich eine Wahlbeteiligung von 79,1%. Damit lag die Wahlbeteiligung um 3,1 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2%) und 0,1 Prozentpunkte über der von 1994 (79,0%). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung in neun Ländern, und zwar in Bayern mit 81,5%, in Baden-Württemberg mit 81,1%, in Niedersachsen mit 81,0%, in Schleswig-Holstein mit 80,7%, in Nordrhein-Westfalen mit 80,3%, in Hessen mit 80,1%, in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit 80,0% und in Hamburg mit 79,6%. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 68,8 und 78,8%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 68,8%. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei der Bundestagswahl 1998 lagen alle neuen Länder mit Ausnahme Thüringens unter dem Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt		
	1994	1998	2002
Baden-Württemberg	79,7	83,1	81,1
Bayern	76,9	79,2	81,5
Berlin	78,6	81,1	77,6
Brandenburg	71,5	78,1	73,7
Bremen	78,5	82,1	78,8
Hamburg	79,7	81,1	79,6
Hessen	82,3	84,2	80,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	72,8	79,4	70,6
Niedersachsen	81,8	83,9	81,0
Nordrhein-Westfalen	81,9	83,9	80,3
Rheinland-Pfalz	82,3	83,9	80,0
Saarland	83,5	84,8	80,0
Sachsen	72,0	81,6	73,7
Sachsen-Anhalt	70,4	77,1	68,8
Schleswig-Holstein	80,9	82,4	80,7
Thüringen	74,9	82,3	74,8
Deutschland ...	79,0	82,2	79,1

Unter bestimmten Voraussetzungen konnten Deutsche im Ausland an der Bundestagswahl 2002 teilnehmen.²⁾ Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter sind 48 107 solcher Anträge, die in der Gesamtzahl der 61,4 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden. Aus den Staaten der Europäischen Union wurden 25 246 und aus den übrigen Europaratstaaten 11 419 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 110 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 427, aus denen Amerikas 6 081, aus denen Asiens 3 048 und aus denen Australiens und Ozeaniens 773 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

Gültige und ungültige Stimmen

Gültige Erststimmen

Bei der Bundestagswahl 2002 wurden insgesamt 47 841 724 gültige Erststimmen abgegeben (1998: 49 166 580). Diese

entscheiden darüber, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Vergleicht man die Erststimmen der SPD, CDU und CSU mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1998, so hat die SPD 1,9 Prozentpunkte verloren, die CDU 0,1 Prozentpunkte weniger erzielt und die CSU 1,7 Prozentpunkte mehr erreicht. Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die SPD in den Wahlkreisen

Tabelle 2: Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2002

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Früheres Bundesgebiet				
Wahlberechtigte	49 278 532	100	49 278 532	100
Wähler	39 733 112	80,6	39 733 112	80,6
Ungültige Stimmen	581 071	1,5	445 983	1,1
Gültige Stimmen	39 152 041	100	39 287 129	100
SPD	16 664 020	42,6	15 028 217	38,3
CDU	12 704 583	32,4	11 704 813	29,8
CSU	4 311 178	11,0	4 315 080	11,0
GRÜNE	2 379 505	6,1	3 699 206	9,4
FDP	2 230 411	5,7	2 982 514	7,6
PDS	407 487	1,0	442 136	1,1
REP	51 134	0,1	235 114	0,6
GRAUE	53 198	0,1	73 861	0,2
Die Tierschutzpartei ..	7 143	0,0	145 705	0,4
NPD	45 883	0,1	111 173	0,3
ödp	54 765	0,1	52 954	0,1
PBC	59 455	0,2	85 226	0,2
DIE FRAUEN	2 264	0,0	32 998	0,1
BP	6 757	0,0	9 379	0,0
FAMILIE	12 949	0,0	30 045	0,1
CM	2 413	0,0	15 440	0,0
BüSo	13 960	0,0	9 168	0,0
HP	454	0,0	1 684	0,0
Die Violetten	840	0,0	2 412	0,0
AUFBRUCH	2 895	0,0	4 697	0,0
ZENTRUM	671	0,0	3 127	0,0
KPD	–	–	394	0,0
PRG	4 363	0,0	7 499	0,0
Schill	100 089	0,3	294 287	0,7
Deutschland	571	0,0	–	–
DKP	3 600	0,0	–	–
FP Deutschlands	–	–	–	–
Übrige	31 453	0,1	–	–
Neue Länder und Berlin-Ost				
Wahlberechtigte	12 154 336	100	12 154 336	100
Wähler	8 849 649	72,8	8 849 649	72,8
Ungültige Stimmen	159 966	1,8	140 298	1,6
Gültige Stimmen	8 689 683	100	8 709 351	100
SPD	3 395 947	39,1	3 460 451	39,7
CDU	2 631 929	30,3	2 462 748	28,3
GRÜNE	314 289	3,6	411 149	4,7
FDP	522 385	6,0	556 301	6,4
PDS	1 671 716	19,2	1 474 566	16,9
REP	4 813	0,1	45 557	0,5
GRAUE	22 292	0,3	40 363	0,5
Die Tierschutzpartei ..	1 715	0,0	13 950	0,2
NPD	57 326	0,7	104 059	1,2
ödp	1 828	0,0	3 944	0,0
PBC	11 651	0,1	16 419	0,2
DIE FRAUEN	–	–	3 834	0,0
FAMILIE	2 189	0,0	–	–
BüSo	8 571	0,1	7 790	0,1
HP	931	0,0	801	0,0
ZENTRUM	1 152	0,0	–	–
KPD	686	0,0	1 230	0,0
Schill	20 241	0,2	106 189	1,2
DKP	353	0,0	–	–
DSU	6 003	0,1	–	–
FP Deutschlands	2 003	0,0	–	–
Übrige	11 663	0,1	–	–

2) Siehe von Schwarzenberg, M./Geiert, C.: „Grundlagen und Daten der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002“ in WiSta 8/2002, S. 646.

des früheren Bundesgebietes mit 42,6% einen um 3,5 Prozentpunkte höheren Erststimmenanteil hatte als in den Wahlkreisen der neuen Länder und Berlin-Ost mit 39,1%. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die SPD noch mit 45,2% in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes einen um 7,3 Prozentpunkte höheren Anteil als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (37,9%). Die SPD verlor also im früheren Bundesgebiet 2,6 Prozentpunkte ihres Erststimmenanteils, während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1,2 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte.

Die CDU erzielte mit 32,4% in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes (ohne Einbeziehung der Wähler in Bayern, wo die CDU nicht antrat) einen um 2,1 Prozentpunkte höheren Anteil als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (30,3%) (siehe Tabelle 2). Gegenüber 1998 verzeichnete die CDU nur in geringem Ausmaß Erststimmenverluste (0,5 Prozentpunkte) im früheren Bundesgebiet gegenüber Erststimmen gewinnen (0,6 Prozentpunkte) in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Wie Tabelle 3 zeigt, hat die SPD – ähnlich wie bei früheren Wahlen – auch bei der Bundestagswahl 2002 rund 1 571 000 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten. Ihr Erststimmenanteil von 41,9% lag um 3,4 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CDU erhielt rund 1 169 000 (2,6 Prozentpunkte) mehr Erst- als Zweitstimmen. Die CSU hat dagegen knapp 4 000 weniger Erst- als Zweitstimmen erhalten (1998 verzeichnete die CSU noch rund 278 000 mehr Erst- als Zweitstimmen). Bei den GRÜNEN waren es knapp 1 417 000 (– 3,0 Prozentpunkte) weniger Erst- als Zweitstimmen. Auch bei der Bundestagswahl 1998 hatten die GRÜNEN einen niedrigeren Erst- als Zweitstimmenanteil. Auf die FDP entfielen rund 786 000 mehr Zweit- als Erststimmen (1998 waren es noch etwa doppelt so viele). Die PDS erhielt im Gegensatz zur Bundestagswahl 1998, bei der sie noch rund 99 000 mehr Zweit- als Erststimmen erhielt, nunmehr knapp 163 000 mehr Erst- als Zweitstimmen.

Tabelle 3: Differenz Erst- zu Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2002 nach Parteien

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
SPD	20 059 967	41,9	18 488 668	38,5	+1 571 299	+3,4
CDU	15 336 512	32,1	14 167 561	29,5	+1 168 951	+2,6
CSU	4 311 178	9,0	4 315 080	9,0	-3 902	±0,0
GRÜNE	2 693 794	5,6	4 110 355	8,6	-1 416 561	-3,0
FDP	2 752 796	5,8	3 538 815	7,4	-786 019	-1,6
PDS	2 079 203	4,3	1 916 702	4,0	+162 501	+0,3
Sonstige	608 274	1,3	1 459 299	3,0	-851 025	-1,7
Insgesamt ...	47 841 724	100	47 996 480	100	-154 756	X

Bei den Bundestagswahlen vor der deutschen Vereinigung hatten – von Sonderfällen abgesehen – nur Wahlkreiskandidaten der SPD, CDU und CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl 1990 hatten auch

die FDP und die PDS in je einem Wahlkreis das Direktmandat errungen. Bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 erhielt – außer SPD, CDU und CSU – die PDS vier Direktmandate, und zwar in den Wahlkreisen 249³⁾ (Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg) mit 36,6%, 258³⁾ (Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg) mit 42,2%, 260³⁾ (Berlin-Hellersdorf – Marzahn) mit 46,7% und 261³⁾ (Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee) mit 35,8%. Bei der Bundestagswahl 2002 konnte die PDS nur noch zwei Direktmandate erringen, und zwar im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) mit 37,7% und im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) mit 39,6%. Viele Anhänger der übrigen Parteien dürften ihre Erststimmen nicht den Wahlkreiskandidaten ihrer Partei, sondern einem „aussichtsreichen“ Wahlkreisbewerber gegeben haben. Das erklärt teilweise, weshalb die SPD seit 1953 sowie die CDU seit 1957 jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben. Bei der Bundestagswahl 2002 konnten die GRÜNEN erstmals ein Wahlkreismandat erringen, der Bewerber war im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost) mit 31,6% erfolgreich.

Gültige Zweitstimmen

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Bei der Bundestagswahl 2002 wurden 47 996 480 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten:

	Anzahl	%
SPD	18 488 668	38,5
CDU	14 167 561	29,5
CSU	4 315 080	9,0
GRÜNE	4 110 355	8,6
FDP	3 538 815	7,4
PDS	1 916 702	4,0

Die restlichen 1 459 299 gültigen Zweitstimmen verteilen sich auf die folgenden Parteien:

	Anzahl	%
REP	280 671	0,6
GRAUE	114 224	0,2
Die Tierschutzpartei	159 655	0,3
NPD	215 232	0,4
ödp	56 898	0,1
PBC	101 645	0,2
DIE FRAUEN	36 832	0,1
BP	9 379	0,0
FAMILIE	30 045	0,1
CM	15 440	0,0
BüSo	16 958	0,0
HP	2 485	0,0
Alternative spirituelle Politik im neuen Zeitalter – Die Violetten	2 412	0,0
AUFBRUCH	4 697	0,0
ZENTRUM	3 127	0,0
KPD	1 624	0,0
PRG	7 499	0,0
Schill	400 476	0,8

3) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1998.

Wie Tabelle 3 entnommen werden kann, ist die SPD, die 38,5% aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 1998 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1998, bei der ihr Zweitstimmenanteil 40,9% betragen hatte, verlor sie 2,4 Prozentpunkte.

Stimmengewinnen von 2,9 bis 6,4 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen Stimmenverluste von 1,2 bis 8,3 Prozentpunkten in den übrigen elf Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 1998 – gegenüber. Die höchsten Gewinne erzielte die SPD in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt, die höchsten Verluste musste sie in Bayern und im Saarland hinnehmen. Die SPD ist in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei geworden.

Die CDU erreichte einen Zweitstimmenanteil von 29,5%. Sie gewann gegenüber der Bundestagswahl 1998 1,1 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Bremen (0,8 Prozentpunkte) und Hamburg (1,9 Prozentpunkte) musste die CDU Verluste hinnehmen. In allen anderen Bundesländern erzielte sie Gewinne zwischen 0,3 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein und 5,0 Prozentpunkten in Baden-Württemberg. Die zweithöchsten Gewinne konnte die CDU mit 3,2 Prozentpunkten im Saarland verbuchen.

Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2002 eine erhebliche Zunahme des Zweitstimmenanteils, und zwar von 47,7% (1998) auf 58,6% der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erlangte die CSU 9,0% der Zweitstimmen im Bundesgebiet und erhöhte ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1998 um 2,3 Prozentpunkte.

Die GRÜNEN erhielten 8,6% und gewannen damit 1,9 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 1998 hinzu. Sie hatten in allen Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt und 5,4 Prozentpunkten in Hamburg.

Die FDP erreichte 7,4% der Zweitstimmen und damit 1,2 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 1998. Sie gewann in allen Ländern – außer Bayern und Baden-Württemberg, wo sie Verluste von 0,6 bzw. 1,0 Prozentpunkten hatte – Zweitstimmenanteile zwischen 0,3 Prozentpunkten in Hamburg und Hessen und 3,7 Prozentpunkten in Sachsen hinzu. Die höchsten Gewinne konnte die FDP in den neuen Ländern erlangen.

Die PDS schaffte es bei der Bundestagswahl 2002 mit 4,0% der Zweitstimmen nicht, die so genannte 5%-Hürde zu überspringen. Bei der Bundestagswahl 1998 war dies mit 5,1% noch der Fall gewesen. Sie gewann lediglich zwei Wahlkreismandate und konnte damit auch nicht durch den Gewinn von mindestens drei Wahlkreismandaten an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmen, was 1994 durch den Gewinn von vier Wahlkreismandaten (bei einem Zweitstimmenanteil von 4,4%) noch der Fall gewesen war. Die PDS musste in allen Ländern außer dem Saarland, wo sie 0,4 Prozentpunkte hinzugewann und den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern, wo das Stimmenergebnis gleich blieb, Verluste zwischen 0,1 Pro-

Tabelle 4: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern
Prozent

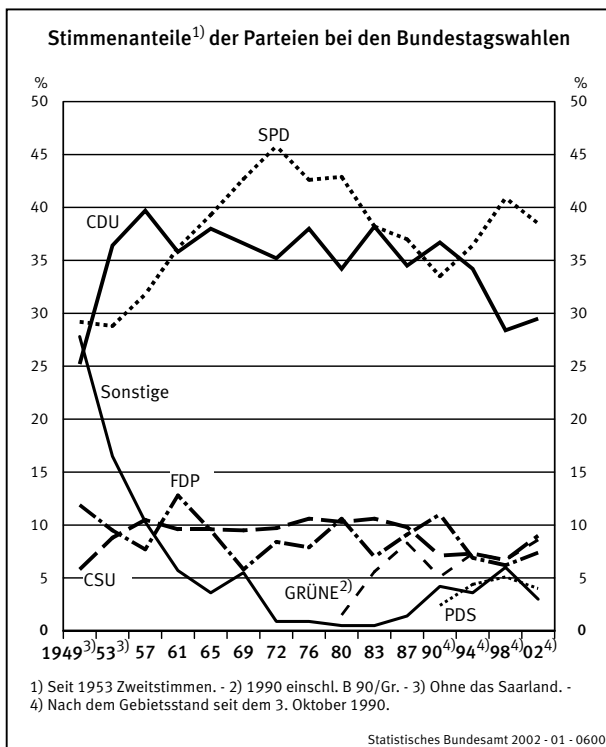
Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU/ CSU ²⁾	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige
Schleswig-Holstein						
BW 1998	45,4	35,7	6,5	7,6	1,5	3,3
LW 2000 ¹⁾	43,1	35,2	6,2	7,6	1,4	6,5
BW 2002	42,9	36,0	9,4	8,0	1,3	2,4
Mecklenburg-Vorpommern						
BW 1998	35,3	29,3	2,9	2,2	23,6	6,6
LW 2002 ¹⁾	40,6	31,4	2,6	4,7	16,4	4,3
BW 2002	41,7	30,3	3,5	5,4	16,3	2,8
Hamburg						
BW 1998	45,7	30,0	10,8	6,5	2,3	4,7
LW 2001	36,5	26,2	8,6 ³⁾	5,1	0,4 ⁴⁾	23,3
BW 2002	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1	4,8
Niedersachsen						
BW 1998	49,4	34,1	5,9	6,4	1,0	3,2
LW 1998 ¹⁾	47,9	35,9	7,0	4,9	-	4,3
BW 2002	47,8	34,5	7,3	7,1	1,0	2,2
Bremen						
BW 1998	50,2	25,4	11,3	5,9	2,4	4,7
LW 1999	42,6	37,1	8,9	2,5	2,9	6,0
BW 2002	48,6	24,6	15,0	6,7	2,2	2,9
Brandenburg						
BW 1998	43,5	20,8	3,6	2,8	20,3	8,9
LW 1999 ¹⁾	39,3	26,5	1,9 ⁵⁾	1,9	23,3	7,0
BW 2002	46,4	22,3	4,5	5,8	17,2	3,8
Sachsen-Anhalt						
BW 1998	38,1	27,2	3,3	4,1	20,7	6,6
LW 2002 ¹⁾	20,0	37,3	2,0	13,3	20,4	7,1
BW 2002	43,2	29,0	3,4	7,6	14,4	2,4
Berlin						
BW 1998	37,8	23,7	11,3	4,9	13,4	8,8
LW 2001 ¹⁾	29,7	23,8	9,1	9,9	22,6	5,0
BW 2002	36,6	25,9	14,6	6,6	11,4	4,9
Nordrhein-Westfalen						
BW 1998	46,9	33,8	6,9	7,3	1,2	4,0
LW 2000	42,8	37,0	7,1	9,8	1,1	2,2
BW 2002	43,0	35,1	8,9	9,3	1,2	2,5
Sachsen						
BW 1998	29,1	32,7	4,4	3,6	20,0	10,2
LW 1999 ¹⁾	10,7	56,9	2,6	1,1	22,2	6,5
BW 2002	33,3	33,6	4,6	7,3	16,2	5,1
Hessen						
BW 1998	41,6	34,7	8,2	7,9	1,5	6,2
LW 1999 ¹⁾	39,4	43,4	7,2	5,1	-	4,9
BW 2002	39,7	37,1	10,7	8,2	1,3	2,9
Thüringen						
BW 1998	34,5	28,9	3,9	3,4	21,2	8,1
LW 1999 ¹⁾	18,5	51,0	1,9	1,1	21,3	6,1
BW 2002	39,9	29,4	4,3	5,9	17,0	3,6
Rheinland-Pfalz						
BW 1998	41,3	39,1	6,1	7,1	1,0	5,4
LW 2001 ¹⁾	44,7	35,3	5,2	7,8	-	6,9
BW 2002	38,2	40,2	7,9	9,3	1,0	3,3
Bayern						
BW 1998	34,4	47,7	5,9	5,1	0,7	6,2
LW 1998 ⁶⁾	28,7	52,9	5,7	1,7	-	11,0
BW 2002	26,1	58,6	7,6	4,5	0,7	2,4
Baden-Württemberg						
BW 1998	35,6	37,8	9,2	8,8	1,0	7,6
LW 2001	33,3	44,8	7,7	8,1 ⁷⁾	-	6,1
BW 2002	33,5	42,8	11,4	7,8	0,9	3,6
Saarland						
BW 1998	52,4	31,8	5,5	4,7	1,0	4,5
LW 1999	44,4	45,5	3,2 ⁸⁾	2,6 ⁹⁾	-	4,3
BW 2002	46,0	35,0	7,6	6,4	1,4	3,7
Deutschland						
BW 2002	38,5	38,5 ¹⁰⁾	8,6	7,4	4,0	3,0

1) Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) GRÜNE/GAL. – 4) PDS Hamburg. – 5) GRÜNE/B90. – 6) Gesamtstimmen. – 7) FDP/DVP. – 8) GRÜNE Saar. – 9) FDP/DPS. – 10) Davon CSU 9,0 %.

zentpunkten in Baden-Württemberg und 7,3 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern hinnehmen. Die höchsten Verluste hatte die PDS in den neuen Ländern. Trotz ihrer Zweitstimmenverluste von 2,0 Prozentpunkten in Berlin konnte sie dort zwei Wahlkreismandate gewinnen.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der Regierungskoalition (SPD und GRÜNE) und für die Opposition (CDU, CSU, FDP) zusammen, ergeben sich für die Koalition 47,1% und für die Opposition 45,9%, also ein Unterschied von 1,2 Prozentpunkten. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU, FDP und PDS) 1,1 Prozentpunkte betragen. Die nicht an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmenden Parteien haben zusammen 7,0% der Zweitstimmen auf sich vereinigen können. Ausführliche Ergebnisse nach Ländern enthält die Anhangtabelle auf S. 834 ff.

Schaubild 1



Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig,

wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Wahlumschlag oder in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst gelten sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Diese Fallgestaltungen konnten nur bei der Briefwahl vorkommen, da bei der Bundestagswahl 2002 für die Urnenwahl erstmals keine Wahlumschläge verwendet wurden.

Ungültig waren von den Erststimmen 741 037 oder 1,5% und von den Zweitstimmen 586 281 oder 1,2%.

Seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, sank der Anteil der ungültigen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6%; in der gleichen Zeit hatte sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 3,3 auf 4,0% erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 war der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig auf 2,9% gestiegen, fiel dann aber bis 1983 auf 1,1%. 1987 betrug er 1,3%. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich 1965 auf 2,4% vermindert und war ab 1972 unter 1% gefallen. Seit 1976 lag der Anteil bei 0,9%, wenn auch die absolute Zahl der ungültigen Stimmen 1987 gegenüber der Bundestagswahl 1972 zugenommen hatte. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5% und war damit leicht angestiegen; er war aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972 mit wesentlich weniger Wählern. Das Gleiche galt für den Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,1%. 1994 betrug der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7%, von den Zweitstimmen waren 1,3% ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen war damit 1994 im Vergleich zu 1990 sowohl für Erst- als auch für Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte angestiegen.

Tabelle 5: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990 ²⁾	720 990	1,5	540 143	1,1
1994 ²⁾	788 643	1,7	632 825	1,3
1998 ²⁾	780 507	1,6	638 575	1,3
2002 ²⁾	741 037	1,5	586 281	1,2

1) Ohne das Saarland. - 2) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

1998 war der Anteil der ungültigen Erststimmen gegenüber 1994 geringfügig um 0,1% zurückgegangen und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,3% gleich geblieben. Bei der Bundestagswahl 2002 ging sowohl der Anteil der ungültigen Erst- als auch der ungültigen Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte zurück (siehe Tabelle 5). Den höchsten Anteil an ungültigen Stimmen hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 2,5% bei den Erststimmen und 2,4% bei den Zweitstimmen. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass in Mecklenburg-Vorpommern gleichzeitig die Landtagswahl durchgeführt wurde. Ebenfalls über der 2%-Marke lagen die Anteile der ungültigen Erststimmen in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen im Saarland.

Aus welchem Grund die Stimmen ungültig waren, wird aus den Ergebnissen einer repräsentativen Sondererhebung zu ersehen sein, die voraussichtlich Ende des Jahres vorliegen werden. Im Rahmen dieser Statistik wird auch festgestellt, bei wie vielen Wählern beide Stimmen oder nur eine der beiden Stimmen ungültig waren. Diese Feststellungen konnten für die Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik ebenfalls getroffen werden. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 waren solche Auswertungen nicht möglich, da die repräsentative Wahlstatistik für beide Wahlen vom Gesetzgeber ausgesetzt wurde.

Im Wahlkreis Gewählte

Die Erststimme entspricht der Entscheidung der Wähler für einen Wahlkreiskandidaten. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält (relative Mehrheit).

Tabelle 6: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	PDS	Sonstige
1949	242	96	91	24	-	12	-	19 ¹⁾
1953	242	45	130	42	-	14	-	11 ²⁾
1957	247	46	147	47	-	1	-	6 ³⁾
1961	247	91	114	42	-	-	-	-
1965	248	94	118	36	-	-	-	-
1969	248	127	87	34	-	-	-	-
1972	248	152	65	31	-	-	-	-
1976	248	114	94	40	-	-	-	-
1980	248	127	81	40	-	-	-	-
1983	248	68	136	44	-	-	-	-
1987	248	79	124	45	-	-	-	-
1990 ⁴⁾	328	91	192	43	-	1	1	-
1994 ⁴⁾	328	103	177	44	-	-	4	-
1998 ⁴⁾	328	212	74	38	-	-	4	-
2002 ⁴⁾	299	171	82	43	1	-	2	-

1) Davon BP: 11; DP: 5; Wählergruppen: 3. - 2) Davon DP: 10; Zentrum: 1. - 3) DP. - 4) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

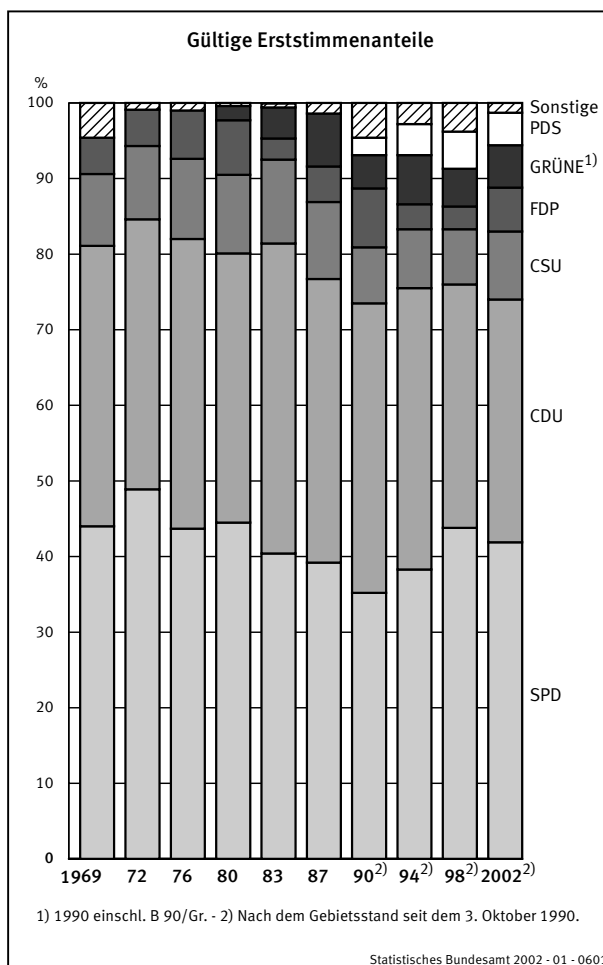
Die SPD hat 171 Wahlkreise gewonnen, auf die CDU entfielen 82 und auf die CSU 43 Wahlkreismandate. Die GRÜNEN errangen einen Wahlkreis und die PDS erreichte zwei Wahlkreissitze (siehe Tabelle 6). Wie Tabelle 7 auf S. 830 zeigt,

ging bei der Bundestagswahl 2002 in 19 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der SPD an die CDU bzw. CSU über. Von der SPD an die GRÜNEN wechselte ein Wahlkreis. Drei Wahlkreise gingen von der CDU an die SPD. Die SPD hatte 1998 212, die CDU 74, die CSU 38 und die PDS 4 Wahlkreissitze.

Die SPD gewann von ihren 171 Wahlkreisen 52 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 117 (Duisburg II) errang sie mit 63,1% ihren höchsten Erststimmenanteil. 15 ihrer Wahlkreisgewinner konnten mit weniger als 40% der Wähler ihr Mandat gewinnen. Mit nur 35,0% der gültigen Erststimmen siegte der SPD-Kandidat im Wahlkreis 164 (Chemnitz). Insgesamt fielen 57,2% aller Wahlkreise der SPD zu. In den Ländern Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland gewann sie alle Wahlkreise. In Schleswig-Holstein und in Thüringen konnte die SPD alle bis auf einen Wahlkreis erringen; in Mecklenburg-Vorpommern konnte sie zwei Direktkandidaten nicht durchbringen.

Von ihren 82 Wahlkreisen hat die CDU 16 mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 33 (Cloppenburg - Vechna) errang ihr Wahlkreisbewerber 62,2% der gültigen Erststimmen. In neun Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber weniger als 40% der gültigen Erststimmen für den Sieg im Wahlkreis. Im Wahlkreis 160 (Dresden I) genügten zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 33,8%. In Hamburg, Bremen, Bran-

Schaubild 2



1) 1990 einschl. B 90/Gr. - 2) Nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Tabelle 7: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2002, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1998 zu 2002 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen						2002 gegenüber 1998		
		CDU, CSU ¹⁾		SPD		GRÜNE		CDU bzw. CSU	SPD	GRÜNE
		2002	1998 ²⁾	2002	1998 ²⁾	2002	1998 ²⁾			
Nr.	Name	%						Prozentpunkte		
Übergang von der SPD an die CDU bzw. CSU										
002	Nordfriesland – Dithmarschen-Nord	44,3	45,4	44,1	46,3	X	X	-1,1	-2,3	X
100	Oberbergischer Kreis	45,2	44,7	43,4	44,9	X	X	+0,5	-1,5	X
110	Mönchengladbach	43,6	41,1	42,4	47,7	X	X	+2,5	-5,3	X
147	Soest	44,2	44,4	42,9	45,5	X	X	-0,2	-2,6	X
165	Chemnitzer Land – Stollberg	36,9	36,1	32,8	37,6	X	X	+0,8	-4,8	X
168	Vogtland – Plauen	35,0	34,3	34,2	37,4	X	X	+0,7	-3,2	X
202	Koblenz	44,1	44,3	43,1	46,0	X	X	-0,2	-2,9	X
207	Montabaur	45,9	44,7	38,4	46,5	X	X	+1,2	-8,0	X
213	Pirmasens	45,1	41,7	41,9	45,0	X	X	+3,4	-3,1	X
221	München-Süd	44,4	40,6	41,4	42,4	X	X	+3,8	-1,0	X
239	Coburg	48,2	42,7	44,5	47,8	X	X	+5,5	-3,3	X
240	Hof	53,6	42,9	38,9	49,5	X	X	+10,7	-10,7	X
245	Nürnberg-Nord	45,8	42,8	42,4	45,5	X	X	+3,0	-3,1	X
246	Nürnberg-Süd	47,5	42,5	42,1	48,0	X	X	+5,0	-5,9	X
262	Esslingen	45,0	40,2	41,6	45,9	X	X	+4,7	-4,2	X
267	Neckar-Zaber	44,5	39,7	42,7	42,5	X	X	+4,8	+0,1	X
280	Pforzheim	45,4	40,4	42,2	43,9	X	X	+5,1	-1,6	X
284	Emmendingen – Lahr	45,5	41,4	41,9	41,8	X	X	+4,1	+0,1	X
291	Tübingen	43,4	38,0	40,4	47,2	X	X	+5,4	-6,8	X
Übergang von der SPD an die GRÜNEN										
084	Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost	X	X	29,1	36,5	31,6	17,6	X	-7,3	+13,9
Übergang von der CDU an die SPD										
097	Bonn	36,4	42,8	39,7	40,9	X	X	-6,5	-1,2	X
130	Münster	39,9	44,2	40,8	41,8	X	X	-4,4	-1,0	X
259	Stuttgart I	37,3	37,7	42,0	34,0	X	X	-0,4	+8,0	X

1) CSU nur in Bayern. – 2) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2002.

denburg, Sachsen-Anhalt, Berlin und im Saarland konnte die CDU keinen Wahlkreis gewinnen.

Die CSU errang von ihren 43 Wahlkreisen 35 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 232 (Straubing) erreichte sie mit 74,6% ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 222 (München-West/Mitte) errang die CSU mit 44,3% das Direktmandat. Lediglich im Wahlkreis 219 (München-Nord) war der Bewerber der CSU nicht erfolgreich, sondern musste dem Bewerber der SPD den Vortritt lassen.

Die GRÜNEN erhielten erstmals einen Wahlkreissitz, und zwar mit 31,6% im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost).

Die PDS konnte bei der Bundestagswahl 2002 nur noch zwei Wahlkreise, die beide in Berlin liegen, erringen. Im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) vereinigte sie 39,6% der gültigen Erststimmen auf sich. Im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn

– Hellersdorf) reichten dem PDS-Direktkandidaten 37,7% für das Wahlkreismandat.

Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

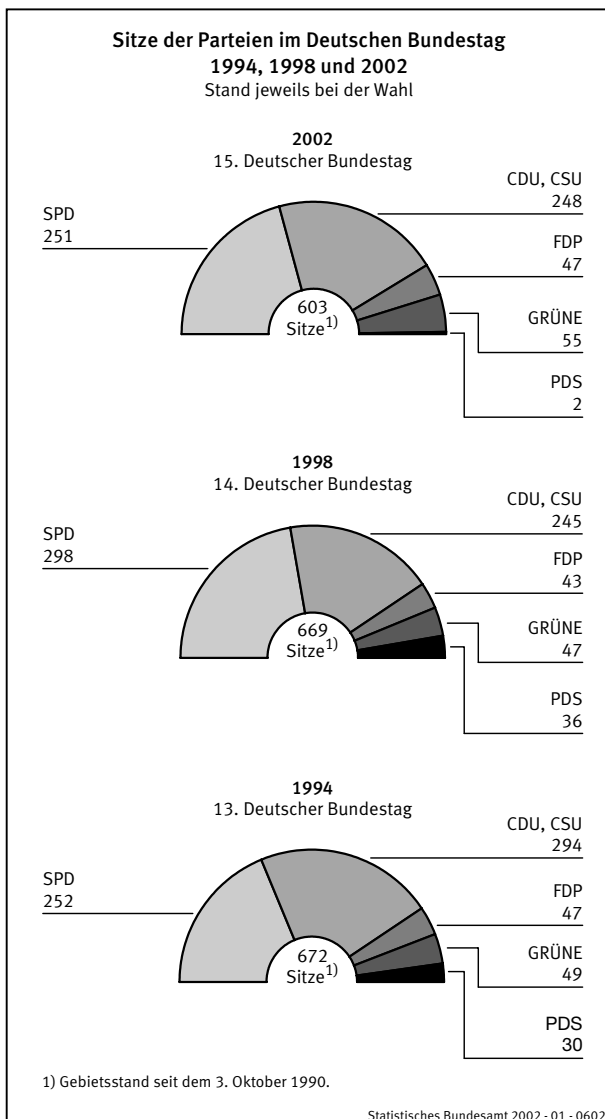
Wie bereits ausgeführt, richtet sich die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen⁴⁾ gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste (§ 7 Bundeswahlgesetz). Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5% der gültigen Zweitstim-

4) Eine verbundene Liste ist die Vereinigung von zwei oder mehreren selbstständigen Landeslisten einer politischen Partei. Sie dient der „Sammlung“ möglichst aller für die Partei abgegebenen Zweitstimmen (überregionale Stimmensammlung), um bei der Sitzverteilung eine möglichst gute Ausgangsposition zu haben. Die Möglichkeit der Verbindung der Listen kommt allen Parteien zugute, insbesondere aber Parteien, die in einzelnen Ländern nicht stark genug sind, um aufgrund des Zweitstimmenergebnisses Aussicht zu haben, bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt zu werden. Durch die Listenverbindung werden die sonst u. U. erfolglos bleibenden Zweitstimmen „aufgefangen“ (Sammlung der Reststimmen).

men erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklauseln“).

Die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber einer Partei, die diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist von der Gesamtzahl der Abgeordneten nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BWG abzuziehen. Daher werden zunächst die zwei erfolgreichsten Wahlkreisbewerber der PDS von der Gesamtzahl der Abgeordneten (598) abgezogen, da diese Partei weder mindestens 5% der abgegebenen Zweitstimmen erhalten noch in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen hat.

Schaubild 3



Für die Verteilung der verbleibenden 596 Sitze kamen nur SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP in Betracht.

Nach dem Bundeswahlgesetz werden die Mandate im Deutschen Bundestag – föderalistischen Prinzipien folgend – entsprechend der Zahl der gültigen Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien verteilt. Dabei fin-

det das Berechnungsverfahren Niemeyer Anwendung. Die Sitzverteilung wurde vom Bundeswahlleiter in drei Stufen vorgenommen:

1. Verteilung der verbleibenden 596 Sitze auf die SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen unter Anwendung des oben genannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich für die

SPD	247 Sitze,
CDU	189 Sitze,
CSU	58 Sitze,
GRÜNE	55 Sitze,
FDP	47 Sitze.

2. Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf ihre Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel Verteilung der 247 Sitze der SPD auf die Landeslisten der SPD in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg usw.

3. Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern errungenen Wahlkreise (Direktmandate) von den Sitzen, die ihr in dem betreffenden Land gemäß der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustehen. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Zuvor waren daher auf den Landeslisten diejenigen Bewerber zu streichen, die auch in einem Wahlkreis kandidiert und über eine Erststimmengmehrheit in ihrem Wahlkreis ein Bundestagsmandat erreicht hatten (siehe Tabelle 8 auf S. 832).

Dieses Verfahren kann dazu führen, dass eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete erhält, als ihr in diesem Land nach dem Zweitstimmenergebnis Sitze zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, ziehen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, dass sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch so genannte „Überhangmandate“ entsprechend erhöht. Fünf solcher Überhangmandate gab es bei der Bundestagswahl 2002. Bei der Verteilung der 247 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Hamburg fünf Landeslistensitze errang, aber alle sechs Wahlkreissitze gewonnen hatte (1 Überhangmandat),
- in Sachsen-Anhalt acht Sitze gewann, allerdings alle zehn Wahlkreissitze errungen hatte (2 Überhangmandate),
- in Thüringen ebenfalls acht Sitze erhielt, aber neun Wahlkreissitze erreicht hatte (1 Überhangmandat).

Bei der Verteilung der 189 Sitze der CDU auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihrem Zweitstimmenergebnis

- in Sachsen Anspruch auf 12 Sitze hatte, jedoch 13 Wahlkreissitze gewonnen hatte (1 Überhangmandat).

Tabelle 8: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2002 und 1998 nach Ländern

Wahljahr Sitze	Deutsch- land	Schles- wig- Hol- stein	Mecklen- burg- Vorpom- mern	Hamb- urg	Nieder- sach- sen	Bremen	Brand- en- burg	Sach- sen- Anhalt	Berlin	Nord- rhein- West- falen	Sach- sen	Hessen	Thürin- gen	Rhein- land- Pfalz	Bayern	Baden- Württem- berg	Saar- land
SPD																	
2002	251	10	5	6	31	2	10	10	9	60	12	18	9	12	26	27	4
Wahlkreis .	171	10	5	6	25	2	10	10	9	45	4	17	9	7	1	7	4
Landesliste	80	-	-	-	6	-	-	-	-	15	8	1	-	5	25	20	-
1998	298	11	7	7	35	3	12	13	10	72	12	21	11	15	34	30	5
CDU																	
2002	190	8	4	4	22	1	4	6	6	49	13	17	6	13	-	34	3
Wahlkreis .	82	1	2	-	4	-	-	-	-	19	13	4	1	8	-	30	-
Landesliste	108	7	2	4	18	1	4	6	6	30	-	13	5	5	-	4	3
1998	198	9	4	4	24	1	5	6	7	52	13	17	7	14	-	32	3
CSU																	
2002	58	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	58	-	-
Wahlkreis .	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43	-	-
Landesliste	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	-	-
1998	47	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47	-	-
GRÜNE																	
2002	55	2	-	2	5	1	1	1	4	12	2	5	1	2	7	9	1
Wahlkreis .	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	54	2	-	2	5	1	1	1	3	12	2	5	1	2	7	9	1
1998	47	2	-	1	4	1	1	1	3	11	2	4	1	2	6	8	-
FDP																	
2002	47	2	1	1	5	-	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
Wahlkreis .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	47	2	1	1	5	-	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
1998	43	2	-	1	4	-	1	1	1	11	2	4	1	3	5	7	-
PDS																	
2002	2	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Wahlkreis .	2	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-
Landesliste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1998	36	-	4	-	1	-	4	5	4	2	8	1	5	-	1	1	-
Insgesamt																	
2002	603 ¹⁾	22	10	13	63	4	16	18	23	134	29	44	17	30	95	76	9
Wahlkreis .	299	11	7	6	29	2	10	10	12	64	17	21	10	15	44	37	4
Landesliste	304	11	3	7	34	2	6	8	11	70	12	23	7	15	51	39	5
1998	669 ²⁾	24	15	13	68	5	23	26	25	148	37	47	25	34	93	78	8

1) Einschl. 5 Überhangmandaten: 4 für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt, 1 in Thüringen), 1 für die CDU in Sachsen. – 2) Einschl. 13 Überhangmandaten für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 3 in Thüringen).

Jahr der Bundestags- wahl	Land	Anzahl der Überhang- mandate	Partei
1949	Bremen	1	SPD
	Baden-Württemberg	1	CDU
1953	Schleswig-Holstein	2	CDU
	Hamburg	1	DP
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU
1961	Schleswig-Holstein	4	CDU
	Saarland	1	CDU
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD
1983	Hamburg	1	SPD
	Bremen	1	SPD
1987	Baden-Württemberg	1	CDU
1990	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	3	CDU
	Thüringen	1	CDU
1994	Baden-Württemberg	2	CDU
	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	CDU
	Thüringen	3	CDU
	Sachsen	3	CDU
	Bremen	1	SPD
	Brandenburg	3	SPD
1998	Hamburg	1	SPD
	Mecklenburg-Vorpommern	2	SPD
	Brandenburg	3	SPD
	Sachsen-Anhalt	4	SPD
	Thüringen	3	SPD
2002	Hamburg	1	SPD
	Sachsen-Anhalt	2	SPD
	Thüringen	1	SPD
	Sachsen	1	CDU

Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 247 auf 251 und die Gesamtzahl der von der CDU erreichten Sitze von 189 auf 190. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich von 598 auf 603.

Die bei den Bundestagswahlen seit 1949 entstandenen Überhangmandate sind der nebenstehenden Übersicht zu entnehmen.

Von den 603 gewählten Abgeordneten sind 194 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: SPD 95, CDU 43, CSU 12, GRÜNE 32, FDP 10 und PDS 2. Ihr Anteil beträgt 32,2% (Bundestagswahl 1998: 30,8%). Die jüngste Abgeordnete (19 Jahre) im 15. Deutschen Bundestag ist Mitglied der GRÜNEN und der älteste Abgeordnete (70 Jahre) gehört der SPD-Fraktion an. Die Altersstruktur der neu gewählten Abgeordneten ergibt sich aus Tabelle 9. [uu](#)

Tabelle 9: Abgeordnete im 15. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Abgeordnete	Insgesamt	Alter Ende 2002 von ... bis ... Jahren									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60– 64	65 – 69	70 und mehr
SPD											
Abgeordnete	251	5	11	18	21	38	60	71	24	2	1
Anteile in %	100	2,0	4,4	7,2	8,4	15,1	23,9	28,3	9,6	0,8	0,4
Männer	156	4	7	10	13	16	38	47	19	1	1
Frauen	95	1	4	8	8	22	22	24	5	1	0
CDU											
Abgeordnete	190	7	7	21	25	24	55	30	19	2	0
Anteile in %	100	3,7	3,7	11,1	13,2	12,6	28,9	15,8	10,0	1,1	0,0
Männer	147	4	5	12	22	17	42	26	17	2	0
Frauen	43	3	2	9	3	7	13	4	2	0	0
CSU											
Abgeordnete	58	5	6	1	2	14	8	11	11	0	0
Anteile in %	100	8,6	10,3	1,7	3,4	24,1	13,8	19,0	19,0	0,0	0,0
Männer	46	3	6	0	2	8	6	11	10	0	0
Frauen	12	2	0	1	0	6	2	0	1	0	0
GRÜNE											
Abgeordnete	55	3	4	7	8	13	15	3	2	0	0
Anteile in %	100	5,5	7,3	12,7	14,5	23,6	27,3	5,5	3,6	0,0	0,0
Männer	23	1	1	2	5	3	8	2	1	0	0
Frauen	32	2	3	5	3	10	7	1	1	0	0
FDP											
Abgeordnete	47	1	1	3	5	7	14	8	8	0	0
Anteile in %	100	2,1	2,1	6,4	10,6	14,9	29,8	17,0	17,0	0,0	0,0
Männer	37	1	1	2	4	5	9	8	7	0	0
Frauen	10	0	0	1	1	2	5	0	1	0	0
PDS											
Abgeordnete	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Anteile in %	100	0,0	0,0	50,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Männer	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Frauen	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Insgesamt											
Abgeordnete	603	21	29	51	62	96	152	123	64	4	1
Anteile in %	100	3,5	4,8	8,5	10,3	15,9	25,2	20,4	10,6	0,7	0,2
Männer	409	13	20	26	46	49	103	94	54	3	1
Frauen	194	8	9	25	16	47	49	29	10	1	0

Endgültige Wahlbeteiligung und Ver
Zweit

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin
Wahlberechtigte	Anz.	2002	61 432 868	2 172 756	1 412 019	1 221 783	6 035 170	484 493	2 101 025	2 108 941	2 442 795
	Anz.	1998	60 762 751	2 135 992	1 407 661	1 213 821	5 954 567	494 809	2 032 303	2 149 785	2 442 929
Wähler	Anz.	2002	48 582 761	1 753 226	996 580	972 418	4 886 327	382 009	1 547 957	1 451 093	1 896 316
	Anz.	1998	49 947 087	1 760 598	1 117 517	984 644	4 996 360	406 054	1 587 152	1 657 621	1 980 517
Wahlbeteiligung	%	2002	79,1	80,7	70,6	79,6	81,0	78,8	73,7	68,8	77,6
	%	1998	82,2	82,4	79,4	81,1	83,9	82,1	78,1	77,1	81,1
Ungültige Zweitstimmen	Anz.	2002	586 281	18 267	23 485	8 980	40 094	4 385	21 451	20 503	24 183
	Anz.	1998	638 575	23 843	28 241	11 283	44 399	4 553	45 181	26 444	22 558
	%	2002	1,2	1,0	2,4	0,9	0,8	1,1	1,4	1,4	1,3
	%	1998	1,3	1,4	2,5	1,1	0,9	1,1	2,8	1,6	1,1
Gültige Zweitstimmen	Anz.	2002	47 996 480	1 734 959	973 095	963 438	4 846 233	377 624	1 526 506	1 430 590	1 872 133
	Anz.	1998	49 308 512	1 736 755	1 089 276	973 361	4 951 961	401 501	1 541 971	1 631 177	1 957 959
SPD	Anz.	2002	18 488 668	743 838	405 415	404 738	2 318 625	183 368	707 871	618 016	685 170
	Anz.	1998	20 181 269	788 907	384 746	445 276	2 446 945	201 539	670 744	620 771	740 915
	%	2002	38,5	42,9	41,7	42,0	47,8	48,6	46,4	43,2	36,6
	%	1998	40,9	45,4	35,3	45,7	49,4	50,2	43,5	38,1	37,8
CDU	Anz.	2002	14 167 561	625 100	294 746	270 318	1 673 495	92 774	339 868	415 486	484 017
	Anz.	1998	14 004 908	620 516	318 939	291 756	1 689 953	102 115	320 443	444 311	463 438
	%	2002	29,5	36,0	30,3	28,1	34,5	24,6	22,3	29,0	25,9
	%	1998	28,4	35,7	29,3	30,0	34,1	25,4	20,8	27,2	23,7
CSU	Anz.	2002	4 315 080	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	1998	3 324 480	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	1998	6,7	-	-	-	-	-	-	-	-
GRÜNE	Anz.	2002	4 110 355	162 425	34 180	156 010	353 644	56 632	68 765	48 574	274 008
	Anz.	1998	3 301 624	112 287	32 132	104 658	292 799	45 303	55 884	54 538	221 849
	%	2002	8,6	9,4	3,5	16,2	7,3	15,0	4,5	3,4	14,6
	%	1998	6,7	6,5	2,9	10,8	5,9	11,3	3,6	3,3	11,3
FDP	Anz.	2002	3 538 815	139 417	52 816	65 574	342 990	25 306	88 685	108 267	124 004
	Anz.	1998	3 080 955	131 611	24 300	62 835	314 503	23 809	43 896	66 428	95 403
	%	2002	7,4	8,0	5,4	6,8	7,1	6,7	5,8	7,6	6,6
	%	1998	6,2	7,6	2,2	6,5	6,4	5,9	2,8	4,1	4,9
PDS	Anz.	2002	1 916 702	22 579	158 823	20 253	50 380	8 443	263 228	206 129	212 642
	Anz.	1998	2 515 454	25 470	257 464	22 603	50 068	9 815	313 090	337 393	263 337
	%	2002	4,0	1,3	16,3	2,1	1,0	2,2	17,2	14,4	11,4
	%	1998	5,1	1,5	23,6	2,3	1,0	2,4	20,3	20,7	13,4
REP	Anz.	2002	280 671	2 442	2 876	1 201	13 972	940	-	-	12 768
	Anz.	1998	906 383	6 728	6 172	5 562	45 055	2 721	25 602	9 055	46 542
	%	2002	0,6	0,1	0,3	0,1	0,3	0,2	-	-	0,7
	%	1998	1,8	0,4	0,6	0,6	0,9	0,7	1,7	0,6	2,4
GRAUE	Anz.	2002	114 224	4 313	-	-	7 258	1 954	8 711	5 872	15 910
	Anz.	1998	152 557	4 977	2 541	5 423	8 445	1 989	5 646	7 617	17 508
	%	2002	0,2	0,2	-	-	0,1	0,5	0,6	0,4	0,8
	%	1998	0,3	0,3	0,2	0,6	0,2	0,5	0,4	0,5	0,9
Die Tierschutzpartei ...	Anz.	2002	159 655	-	-	-	17 538	-	-	13 950	-
	Anz.	1998	133 832	-	-	3 401	12 077	-	14 136	-	9 372
	%	2002	0,3	-	-	-	0,4	-	-	1,0	-
	%	1998	0,3	-	-	0,3	0,2	-	0,9	-	0,5
NPD	Anz.	2002	215 232	4 701	8 190	1 956	12 905	1 801	23 271	14 296	11 260
	Anz.	1998	126 571	2 870	10 653	1 052	6 823	1 134	11 646	5 334	7 897
	%	2002	0,4	0,3	0,8	0,2	0,3	0,5	1,5	1,0	0,6
	%	1998	0,3	0,2	1,0	0,1	0,1	0,3	0,8	0,3	0,4
ödp	Anz.	2002	56 898	-	-	-	1 737	-	-	-	2 319
	Anz.	1998	98 257	1 687	674	-	2 124	-	1 489	-	1 513
	%	2002	0,1	-	-	-	0,0	-	-	-	0,1
	%	1998	0,2	0,1	0,1	-	0,0	-	0,1	-	0,1

teilung der gültigen Stimmen nach Ländern
 stimmen

Nordrhein- Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg	Saarland	Einheit	Jahr	Gegenstand der Nachweisung
13 179 091	3 571 995	4 344 854	1 965 378	3 051 076	9 101 493	7 418 781	821 218	Anz.	2002	Wahlberechtigte
13 086 397	3 602 458	4 297 202	1 968 023	3 016 036	8 875 328	7 256 933	828 507	Anz.	1998	
10 581 411	2 632 297	3 480 327	1 470 341	2 441 460	7 416 233	6 017 608	657 158	Anz.	2002	Wähler
10 984 476	2 941 359	3 619 884	1 618 779	2 529 717	7 026 811	6 032 612	702 986	Anz.	1998	
80,3	73,7	80,1	74,8	80,0	81,5	81,1	80,0	%	2002	Wahlbeteiligung
83,9	81,6	84,2	82,3	83,9	79,2	83,1	84,8	%	1998	
108 851	45 197	66 004	20 642	38 674	53 619	77 749	14 197	Anz.	2002	Ungültige Zweitstimmen
114 941	46 994	53 353	25 551	37 965	52 343	87 248	13 678	Anz.	1998	
1,0	1,7	1,9	1,4	1,6	0,7	1,3	2,2	%	2002	
1,0	1,6	1,5	1,6	1,5	0,7	1,4	1,9	%	1998	
10 472 560	2 587 100	3 414 323	1 449 699	2 402 786	7 362 614	5 939 859	642 961	Anz.	2002	Gültige Zweitstimmen
10 869 535	2 894 365	3 566 531	1 593 228	2 491 752	6 974 468	5 945 364	689 308	Anz.	1998	
4 499 388	861 685	1 355 496	578 726	918 736	1 922 551	1 989 524	295 521	Anz.	2002	SPD
5 097 425	842 329	1 481 898	549 942	1 028 886	2 401 021	2 118 439	361 486	Anz.	1998	
43,0	33,3	39,7	39,9	38,2	26,1	33,5	46,0	%	2002	
46,9	29,1	41,6	34,5	41,3	34,4	35,6	52,4	%	1998	
3 675 732	868 167	1 266 054	426 162	967 011	–	2 543 789	224 842	Anz.	2002	CDU
3 669 024	945 199	1 238 158	460 441	975 258	–	2 245 873	219 484	Anz.	1998	
35,1	33,6	37,1	29,4	40,2	–	42,8	35,0	%	2002	
33,8	32,7	34,7	28,9	39,1	–	37,8	31,8	%	1998	
–	–	–	–	–	4 315 080	–	–	Anz.	2002	CSU
–	–	–	–	–	3 324 480	–	–	Anz.	1998	
–	–	–	–	–	58,6	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	47,7	–	–	%	1998	
930 684	119 530	366 032	61 799	190 645	562 483	676 342	48 602	Anz.	2002	GRÜNE
745 911	126 964	293 939	62 068	152 009	413 909	549 567	37 807	Anz.	1998	
8,9	4,6	10,7	4,3	7,9	7,6	11,4	7,6	%	2002	
6,9	4,4	8,2	3,9	6,1	5,9	9,2	5,5	%	1998	
978 841	187 759	280 927	84 882	223 761	332 675	461 801	41 110	Anz.	2002	FDP
789 745	105 524	279 988	54 233	177 016	354 620	524 527	32 517	Anz.	1998	
9,3	7,3	8,2	5,9	9,3	4,5	7,8	6,4	%	2002	
7,3	3,6	7,9	3,4	7,1	5,1	8,8	4,7	%	1998	
125 446	418 329	45 891	245 789	24 099	49 515	56 156	9 000	Anz.	2002	PDS
131 550	577 764	52 216	338 200	25 083	46 301	58 013	7 087	Anz.	1998	
1,2	16,2	1,3	17,0	1,0	0,7	0,9	1,4	%	2002	
1,2	20,0	1,5	21,2	1,0	0,7	1,0	1,0	%	1998	
40 669	26 190	26 433	11 348	23 450	50 118	65 462	2 802	Anz.	2002	REP
113 608	55 129	83 595	25 258	53 676	179 038	240 402	8 240	Anz.	1998	
0,4	1,0	0,8	0,8	1,0	0,7	1,1	0,4	%	2002	
1,0	1,9	2,3	1,6	2,2	2,6	4,0	1,2	%	1998	
22 199	14 751	6 431	5 989	–	7 268	10 144	3 424	Anz.	2002	GRAUE
34 169	11 460	9 246	5 879	6 959	11 249	16 139	3 310	Anz.	1998	
0,2	0,6	0,2	0,4	–	0,1	0,2	0,5	%	2002	
0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,2	0,3	0,5	%	1998	
38 146	–	18 720	–	19 324	24 486	27 491	–	Anz.	2002	Die Tierschutzpartei
27 320	–	12 609	–	11 297	21 376	22 244	–	Anz.	1998	
0,4	–	0,5	–	0,8	0,3	0,5	–	%	2002	
0,3	–	0,4	–	0,5	0,3	0,4	–	%	1998	
25 883	36 814	12 613	13 572	10 321	16 796	16 404	4 449	Anz.	2002	NPD
12 316	34 485	9 686	–	4 532	7 219	8 936	1 988	Anz.	1998	
0,2	1,4	0,4	0,9	0,4	0,2	0,3	0,7	%	2002	
0,1	1,2	0,3	–	0,2	0,1	0,2	0,3	%	1998	
4 811	–	2 424	3 134	3 963	26 896	11 614	–	Anz.	2002	ödp
6 644	3 133	2 404	2 609	4 842	49 184	21 146	808	Anz.	1998	
0,0	–	0,1	0,2	0,2	0,4	0,2	–	%	2002	
0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,7	0,4	0,1	%	1998	

noch: Endgültige Wahlbeteiligung und Ver
Zweit

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Jahr	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin
PBC	Anz.	2002	101 645	3 850	-	-	9 246	-	-	-	3 033
	Anz.	1998	71 941	-	-	-	6 472	-	-	-	-
	%	2002	0,2	0,2	-	-	0,2	-	-	-	0,2
	%	1998	0,1	-	-	-	0,1	-	-	-	-
DIE FRAUEN	Anz.	2002	36 832	-	-	2 189	-	-	-	-	7 634
	Anz.	1998	30 094	1 805	-	-	-	-	-	-	2 817
	%	2002	0,1	-	-	0,2	-	-	-	-	0,4
	%	1998	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	0,1
BP	Anz.	2002	9 379	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	1998	28 107	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	1998	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Familie	Anz.	2002	30 045	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	1998	24 825	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	1998	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
CM	Anz.	2002	15 440	-	-	-	-	-	-	-	-
	Anz.	1998	23 619	-	-	-	1 586	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	1998	0,0	-	-	-	0,0	-	-	-	-
BüSo	Anz.	2002	16 958	-	-	890	1 278	-	-	-	1 926
	Anz.	1998	9 662	-	-	-	-	-	-	-	625
	%	2002	0,0	-	-	0,1	0,0	-	-	-	0,1
	%	1998	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,0
HP	Anz.	2002	2 485	-	-	-	-	-	-	-	1 337
	Anz.	1998	435	-	-	-	-	-	-	-	435
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
	%	1998	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Die Violetten	Anz.	2002	2 412	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
AUFBRUCH	Anz.	2002	4 697	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
ZENTRUM	Anz.	2002	3 127	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
KPD	Anz.	2002	1 624	-	-	-	-	-	-	-	1 624
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	0,1
PRG	Anz.	2002	7 499	-	-	-	-	-	-	-	-
	%	2002	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Schill	Anz.	2002	400 476	26 294	16 049	40 309	43 165	6 406	26 107	-	34 481
	%	2002	0,8	1,5	1,6	4,2	0,9	1,7	1,7	-	1,8
Übrige ¹⁾	Anz.	1998	1 293 539	39 897	51 655	30 795	75 111	13 076	79 395	85 730	86 308
	%	1998	2,6	2,3	4,7	3,2	1,5	3,3	5,1	5,3	4,4

1) Übrige Parteien und politische Vereinigungen.

teilung der gültigen Stimmen nach Ländern
 stimmen

Nordrhein- Westfalen	Sachsen	Hessen	Thüringen	Rheinland- Pfalz	Bayern	Baden- Württemberg	Saarland	Einheit	Jahr	Gegenstand der Nachweisung
15 358	15 509	6 983	–	7 721	10 121	29 824	–	Anz.	2002	PBC
9 715	11 493	5 915	–	5 182	9 575	23 589	–	Anz.	1998	
0,1	0,6	0,2	–	0,3	0,1	0,5	–	%	2002	
0,1	0,4	0,2	–	0,2	0,1	0,4	–	%	1998	
9 226	–	–	–	–	7 881	9 902	–	Anz.	2002	DIE FRAUEN
4 829	–	3 427	3 419	2 395	5 317	5 575	510	Anz.	1998	
0,1	–	–	–	–	0,1	0,2	–	%	2002	
0,0	–	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	%	1998	
–	–	–	–	–	9 379	–	–	Anz.	2002	BP
–	–	–	–	–	28 107	–	–	Anz.	1998	
–	–	–	–	–	0,1	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	0,4	–	–	%	1998	
22 820	–	–	–	–	–	–	7 225	Anz.	2002	FAMILIE
21 079	–	–	–	–	–	–	3 746	Anz.	1998	
0,2	–	–	–	–	–	–	1,1	%	2002	
0,2	–	–	–	–	–	–	0,5	%	1998	
4 116	–	2 484	–	–	4 171	4 669	–	Anz.	2002	CM
5 544	–	2 464	–	–	5 025	8 055	945	Anz.	1998	
0,0	–	0,1	–	–	0,1	0,1	–	%	2002	
0,1	–	0,1	–	–	0,1	0,1	0,1	%	1998	
1 561	6 801	1 454	–	–	1 688	1 360	–	Anz.	2002	BüSo
1 941	3 106	1 206	–	–	1 358	1 426	–	Anz.	1998	
0,0	0,3	0,0	–	–	0,0	0,0	–	%	2002	
0,0	0,1	0,0	–	–	0,0	0,0	–	%	1998	
1 148	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	HP
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	1998	
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	–	–	–	%	1998	
2 412	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	Die Violetten
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	4 697	–	–	Anz.	2002	AUFBRUCH
–	–	–	–	–	0,1	–	–	%	2002	
3 127	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	ZENTRUM
0,0	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	–	–	–	Anz.	2002	KPD
–	–	–	–	–	–	–	–	%	2002	
–	–	–	–	–	–	7 499	–	Anz.	2002	PRG
–	–	–	–	–	–	0,1	–	%	2002	
70 993	31 565	22 381	18 298	13 755	16 809	27 878	5 986	Anz.	2002	Schill
0,7	1,2	0,7	1,3	0,6	0,2	0,5	0,9	%	2002	
198 715	177 779	89 780	91 179	44 617	116 689	101 433	11 380	Anz.	1998	Übrige ¹⁾
1,8	6,1	2,5	5,7	1,8	1,7	1,7	1,7	%	1998	